

A - 007/2018

Gemeindevertretung Wustermark		Datum	08.05.2018
Beschlussantrag der Fraktion DIE LINKE.		Nummer	A-001/2018
Thema:	<i>Sozialer und bezahlbarer Wohnraum in Wustermark</i>		
Hier:	<i>Erarbeitung von „Leitlinien für sozialen und bezahlbaren Wohnraum“</i>		
Beschlussvorschlag:			
<p><i>Die Gemeindevertretung Wustermark beschließt, dass die Gemeindeverwaltung (GVW) Wustermark bis zum Ablauf des 3. Quartals 2018 „Leitlinien für sozialen und bezahlbaren Wohnraum“ für Wustermark erarbeitet und nach Fertigstellung der Gemeindevertretung als Beschlussantrag vorlegt.</i></p> <p><i>Die Erarbeitung der Leitlinien soll unter Einbeziehung von in der Region tätigen kommunalen Wohnungsbauunternehmen und -genossenschaften, ggf. Mietervereinen sowie der Fraktionen der Gemeindevertretung bzw. der von ihnen benannten Vertreter*innen erfolgen.</i></p>			
Begründung:			
<p><i>Der Anteil der Mietkosten am verfügbaren Haushaltseinkommen steigt kontinuierlich an. Dieses Geld fehlt dann für Bildung, Kultur, Freizeit oder sportliche Aktivitäten. Dies schwächt das lokale Wirtschafts-, Kultur- und Freizeitangebot. Außerdem werden dadurch immer mehr Menschen von der Teilhabe am öffentlichen Leben ausgeschlossen.</i></p> <p><i>Gleichzeitig fallen immer mehr Wohnungen aus der Mietpreisbindung heraus. Bis zu 30 Prozent Mietsteigerung ist für Wohnungen auf dem freien Markt dann keine Seltenheit mehr. Diese Situation ist nicht nur in Großstädten und Ballungszentren zu sehen, sondern auch in sog. Speckgürtelregionen. Betroffen sind also alle Regionen, egal ob städtisch oder ländlich geprägt.</i></p> <p><i>Die damit einhergehende Gentrifizierung verändert das Milieu ganzer Stadt- und Ortsteile, schließt Menschen aus, fördert elitäres Wohnung und zwingt Menschen ihre Kieze oder Dörfer zu verlassen. Diese Entwicklung wird die Sozialstruktur in den Kommunen verändern und die Trennung und das Auseinanderdriften zwischen armen und reichen Menschen fördern.</i></p> <p><i>Fehlender sozialer und bezahlbarer Mietwohnraum ist auch ein Generationenproblem. Flüge gewordenen Kinder und Jugendliche finden keinen für sie bezahlbaren</i></p>			

Mietwohnraum im Ort ihrer Eltern, wenn im Einfamilienhaus der Eltern kein Platz für die Gründung einer eigenen Familie ist. Oma und Opa müssen aus ihrem Ort und gewohntem Lebensumfeld wegziehen, wenn ihnen das Haus zu groß geworden und ein betreutes Wohnen nicht notwendig ist, wenn sie keinen entsprechenden Wohnraum finden. In vielen Kommunen ist genau das jetzt schon der Fall und durch die Fokussierung auf die Förderung des Baus von Einfamilienhaussiedlungen und Eigentumswohnungen, wird das Problem des fehlenden sozialen und bezahlbaren Mietwohnraums weiter verstärkt.

*Um diesem Negativtrend entgegenzuwirken, ist ein Umdenken in der Wohnungspolitik nötig. Im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie stehen unterschiedliche Wege zur Verfügung, um sozialen und bezahlbaren Wohnungsbau zu fördern. „Leitlinien für sozialen und bezahlbaren Wohnraum“ können als von der kommunalen Vertretung beschlossenes Konzept diese Wege aufzeigen, Probleme benennen, externes know-how einbeziehen und Handlungsempfehlungen für Kommunalpolitiker*innen geben.*



Fraktionsvorsitzender